

AMSOLDINGEN Die Stimmbürger sagten grossmehrheitlich Ja zur neuen Ortsplanung und zum Verkauf des Schlachthauses an die Landwirtschaftliche Genossenschaft Amsoldingen. Das Entschädigungsreglement wurde zurückgewiesen. Und: Künftig gibt es in Amsoldingen Urnenwahlen.

176 Stimmberechtigte oder nahezu 30 Prozent der Amsoldinger Stimmbürger fanden sich am Montagabend an der Gemeindeversammlung ein. Grund waren mehrere hochaktuelle Traktanden, die zu teils längeren Debatten führten.

Zuvor kommentierte Finanzvorsteher Niklaus Schwarz (parteilos) die Jahresrechnung 2012, die bei Ausgaben von 3,018 Millionen Franken und harmonisierten Abschreibungen von 120 000 Franken einen Aufwandüberschuss von 46 400 Franken ausweist. Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von 6500 Franken. Als Gründe für die Schlechterstellung nannte Schwarz Mehrkosten für die Schaffung eines zweiten Kindergartens und höhere Beiträge an die Oberstufenschule infolge höherer Kinderzahl. Mehrausgaben resultierten auch bei der sozialen

Wohlfahrt. Das Eigenkapital beträgt 567 800 Franken, was mehr als sechs Steuerzehnteln entspricht. Die Versammlung genehmigte die Rechnung einstimmig und nahm Kenntnis von Nachkrediten in Höhe von 451 580 Franken. Nach Abbruch der Fusionsverhandlungen mit den Nachbargemeinden Höfen und den beiden Stocken orientierte Gemeindepräsident Stefan Gyger (SVP) über die Schlussabrechnung. An den Nettoaufwendungen von knapp 23 000 Franken beteiligt sich Amsoldingen mit 9276 Franken.

Neue Steuerzahler anlocken

«Noch ist die Gemeinde schuldenfrei», sagte Gyger an seiner ersten Versammlung als Präsident. Für 2013 rechne der Vorschlag allerdings mit einem Aufwandüberschuss von rund 200 000 Franken, und in den kommenden Jah-

ren werde der Kampf um ein ausgeglichenes Budget noch verschärfen. Durch die Schaffung von zusätzlichem Bauland möchte der Rat deshalb Gegensteuer geben. Die Revision der Ortsplanung soll dem 800-Seelen-Dorf ein «harmonisches Wachstum» ermöglichen. Geplant sind drei Neueinzonungen mit maximal 1,2 Hektaren. Die Mehrwertabschöpfung würde der Gemeinde rund 600 000 Franken in die Kasse spülen. Während der Auflagefrist gingen drei Einsprachen ein. «Die Verhandlungen führten zu zwei Änderungen im nun vorliegenden Zonenplan», erklärte Gyger. Ein Votant stellte den Antrag, zugunsten von mehr Fruchtfolgeflächen auf zwei der drei Neueinzonungen zu verzichten. Darauf gingen die anwesenden Stimmbürger indes nicht ein, sondern hiessen den neuen Zonenplan mit 132 zu 21 Stimmen gut.

Ressortleiter Roland Grossenbacher (SVP) orientierte über die komplizierten Besitzverhältnisse des Schlachthauses, das nun an die Landwirtschaftliche Genossenschaft Amsoldingen verkauft

werden soll: «Das Gebäude gehört zu einem Drittel der Landi und zu zwei Dritteln der Gemeinde.» Die beiden Parteien hätten sich die Lokalitäten bislang gegenseitig vermietet, sagte Grossenbacher. Da die Landi aber der effektive Nutzer sei, erachte die Behörde einen Verkauf als sinnvoll. Die Parteien einigten sich auf einen Preis von 50 000 Franken. Der Antrag wurde ohne Wortmeldung durchgewinkt.

Nicht mehr Entschädigungen

Mehr zu reden gab die Initiative zur Einführung von Urnenwahlen. Eingereicht hatten das Begehren die Parteiunabhängigen Bürger Amsoldingens (PBA) mit der Begründung, dass sich die Bevölkerung bei Urnenwahlen besser einbringen kann. Das liess der Ratspräsident nicht gelten. «Wahlen an der Gemeindeversammlung sind viel persönlicher.» Gyger befürchtet zudem Mehrkosten, die von den Gegnern allerdings als unbedeutend abgetan wurden. In einer geheimen Abstimmung sagten die Bürgerinnen und Bürger mit 91 zu 76

Stimmen Ja zur Einführung der Urnenwahl.

Für etliche Wortmeldungen sorgten auch die höheren Entschädigungen für Behördenmitglieder. Aufgrund eines eingereichten Referendums mussten die Anpassungen des Personalreglementes der Versammlung vorgelegt werden. Gemeinderat Schwarz verteidigte die um durchschnittlich 49 Prozent höheren Entschädigungen: «Die Anforderungen an Exekutivmitglieder sind gestiegen, die Führung einer Gemeinde ist heute mit der Geschäftsleitung eines KMU zu vergleichen.» Mehrere Votanten warfen den Gemeindevertretern jedoch Intransparenz vor und monierten, dass die umliegenden Gemeindevertreter wesentlich weniger Geld erhielten. Das Geschäft wurde mit 96 zu 63 Stimmen zurückgewiesen. Worauf Gemeindepräsident Gyger eine Neufassung des Entschädigungsreglementes und eine Konsultativabstimmung an der Herbstversammlung in Aussicht stellte.